

18. Lausitzkonferenz | 1. September 2022 | Stadthalle Cottbus

## Revierwende:

### Neue Perspektiven durch vorausschauende Strukturpolitik forcieren

Für uns ist klar: Der breite gesellschaftliche Konsens, der in der „Kohlekommission“ erarbeitet und im Kohleausstiegsgesetz und Strukturstärkungsgesetz festgeschrieben wurde, ist die Grundlage, um den Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Der völkerrechtswidrige und verabscheuungswürdige Angriff Russlands auf die Ukraine erschüttert uns. Der Krieg bedeutet eine Zeitenwende und hat vielfältige Auswirkungen auch auf uns. Die durch den Krieg weiter verschärfte Energiekrise sorgt bei den Menschen in der Lausitz für Verunsicherung. Politische Diskussionen über einen vorzeitigen Kohleausstieg bis 2030, wie er im Koalitionsvertrag als ideal beschrieben wird, schürten schon vorher Sorgen und Ängste.

Dadurch sinkt die Akzeptanz der Energiewende in der Lausitz aktuell. Gleichzeitig sind zwei Drittel der Menschen in der Region der Meinung, dass ein tiefgreifender Strukturwandel notwendig sei (Lausitz-Monitor). Die gegenwärtigen politischen Entwicklungen werfen dabei viele bisher ungeklärte Fragen auf: Wie lange ist die Energieversorgung für Betriebe und Privathaushalte noch gesichert? Wann hat die Energiepreisspirale ein Ende? Wie lange brauchen wir die Kohle noch? Und welche Auswirkungen hat das auf die Beschäftigung, den Strukturwandelprozess und die gesamte Region?

Die Gewerkschaften streiten für neue und tarifgebundene Arbeitsplätze sowie gute Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Lausitz. Dazu gehören auch eine gute Daseinsvorsorge, der Kampf gegen Rechtsextremismus sowie eine vorausschauende Strukturpolitik. **Nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Beteiligungsmöglichkeiten für die Beschäftigten kann Strukturwandel gelingen!** Zudem brauchen wir jetzt eine Lösung für die davongaloppierenden Energiepreise. Denn:

### Unsere Energieversorgung muss dauerhaft bezahlbar und gesichert sein!

Die Preise für Energie und speziell der Gaspreis steigen rasant. Mit einer solchen Preisexplosion dürfen die Menschen nicht allein gelassen werden! Jetzt müssen spürbare und zielgenaue Entlastungen kommen! Insbesondere für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen sind die Preissteigerungen nicht mehr tragbar. Aber auch die Wirtschaft muss stabilisiert werden. Da die verabschiedete Gasumlage die Verbraucher\*innen zusätzlich belastet, sehen wir hier dringenden Bedarf zur Neujustierung.

- **Sozial gerechte Entlastung aller Haushalte:** Über die beschlossenen Entlastungspakete der Bundesregierung hinaus sind weitere dauerhaft wirkende Maßnahmen notwendig. Der DGB fordert deshalb von Bund und Ländern weitere Maßnahmen zur Entlastung, damit der soziale Frieden im Land gesichert wird. Der Bund muss Länder und Kommunen unterstützen, damit sie in der Lage sind, die Herausforderungen der Krise gut zu bewältigen. Gefordert sind zudem die Arbeitgeber, die über Lohn- und Gehaltssteigerungen für Ausgleich sorgen müssen. Viele Betriebe sind nicht in gleichem Maß von Preissteigerungen betroffen und haben in den vergangenen Jahren beachtliche Renditen eingefahren. Jetzt ist es an der Zeit, nach Jahren der Lohnzurückhaltung die Beschäftigten gerecht an Gewinn- und Produktivitätssteigerungen zu beteiligen.

- **Krisenprofiteure zur Kasse bitten:** Einige Unternehmen nutzen in diesen Zeiten ihre Marktmacht aus, um auf Kosten der Allgemeinheit die Renditen nach oben zu treiben. Diese so genannten Übergewinne sind befristet zu besteuern. Da, wo übermäßige und krisenbedingte Gewinne gemacht werden, müssen sie für die Allgemeinheit zur Gegenfinanzierung der Entlastungsmaßnahmen abgeschöpft werden. Mehrere Länder der Europäischen Union folgen bereits der Aufforderung der EU-Kommission, eine solche Steuer einzuführen und auch historische Beispiele für eine „*Excess Profits Tax*“ gibt es einige.
- **Entlastung von Pendler\*innen:** Zur Entlastung von Pendler\*innen hat sich der Tankrabatt als vollkommen untauglich erwiesen. Jetzt braucht es nach dem Tankrabatt und dem 9-Euro-Ticket eine Anschlussfinanzierung. Grundsätzlich nötig sind langfristig angelegte Verbesserungen für einen barrierefreien ÖPNV, gerade auf dem Land sowie die Einführung eines Mobilitätsgeldes anstelle der Pendlerpauschale. Von der Pendlerpauschale profitieren Personen mit hohem Einkommen deutlich stärker als solche, die mit niedrigem Einkommen den Eingangssteuersatz zahlen. Mit der Einführung eines Mobilitätsgeldes hingegen würde pro Pendel-Kilometer ein bestimmter Betrag direkt mit der Steuer verrechnet bzw. ausgezahlt werden. Es wäre unabhängig sowohl vom Einkommen als auch von den benutzten Verkehrsmitteln. Zudem sollte geprüft werden, ob auch nicht berufsbedingte Wege geltend gemacht werden können, um das Mobilitätsgeld nicht ausschließlich auf erwerbstätige Personen zu beschränken.
- **Deckelung von Energiepreisen, um den Grundverbrauch abzusichern:** Menschen sollen in der kalten Jahreszeit in ihren Wohnungen nicht frieren müssen, Heizen darf kein Luxus sein. Das dritte Entlastungspaket das Bund und Ländern schnüren müssen, muss auch denjenigen zugutekommen, die keine Arbeit haben – neben Erwerbslosen auch Rentner\*innen und Studierenden. Zur Abfederung der steigenden Kosten fordert der DGB einen Energiepreisdeckel für alle Haushalte, wie er mittlerweile auch von Teilen der Regierung gefordert wird. Für jeden Erwachsenen und jedes Kind soll ein Grundbedarf an Strom und Gas festgelegt werden, für den es eine Preisgarantie gibt. Für Energie, die darüber hinaus verbraucht wird, muss mehr gezahlt werden. Das ist ein wirksamer Anreiz zum Energiesparen und eine deutliche Entlastung vor allem für Haushalte mit kleinem Einkommen.

**Gezielte Stabilisierungsprogramme für Betriebe und kommunale Stadtwerke:** Um Arbeitsplatzabbau zu vermeiden, brauchen auch Betriebe und kommunale Stadtwerke eine Unterstützung durch Bund und Länder, um den Lieferengpässen bei Erdöl und Erdgas sowie den steigender Energiepreise zu begegnen. Vorstellbar sind bspw. Nothilfefonds, günstige Kreditvergaben sowie staatliche Bürgschaften. Darüber hinaus fordern wir die **Einführung eines** – möglichst EU-weit geltenden – **Industriestrompreises**, um die Industrie vor dem Hintergrund der Energiekrise und der anstehenden sozial-ökologischen Transformation international wettbewerbsfähiger zu machen.

Die nötigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen so lange bereitstehen, wie sie gebraucht werden, wie bspw. der vereinfachte Zugang zum Kurzarbeitergeld.

- **Energiesicherheit durch den Ausbau der erneuerbaren Energien:** Die massive Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist und bleibt die wichtigste Maßnahme, um die starke Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieträgern zu minimieren und die Klimaschutzziele zu erreichen. Hierzu braucht es eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und

des notwendigen Infrastrukturausbaus. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Konflikte dürfen nicht verschwiegen werden. Wir werden die Landesregierungen bei der Umsetzung der Ausbauziele unterstützen und sehen auch die Bundesregierung in der Pflicht zur Stärkung von akzeptanz- und ausbaufördernden Maßnahmen. Damit der zügige Ausbau der Erneuerbaren gelingt, braucht es einen Dreiklang aus entschlossenem staatlichem Handeln und Investieren, verlässlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen.

### **Wir wollen die Transformation des Energiestandortes Lausitz proaktiv gestalten!**

Insbesondere der Umbau der Industrie zur Treibhausgas-Neutralität ist ein zentrales Projekt für die Zukunft unseres Standorts. Energiebezug, Produktionsverfahren und Lieferketten müssen dafür von Grund auf verändert werden, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein. Das geht nur mit einer vielschichtigen Beteiligung der Beschäftigten. Ohne deren Einbeziehung werden Energiewende und Transformation nicht gelingen. Starke Betriebsräte bringen den regionalen und betrieblichen Strukturwandel voran und sorgen für Innovationen. Die notwendigen Fachkräfte gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und Zukunftsperspektive. Damit das gelingt, fordern wir:

- **Neue Arbeitsplätze durch aktive Industrie- und Innovationspolitik:** Wir fordern den Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen auf, den beschleunigten Strukturwandel in der Lausitz durch neue Wertschöpfungsketten und neue tarifgebundene Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätzen zum Erfolgsmodell werden zu lassen. Dafür bedarf es mit Hilfe der Fördermittel noch mehr Anstrengungen für klimafreundliche Lösungen, Innovationen und Investitionen in Zukunftstechnologien und gezielte Anreizsysteme für neue Industrieansiedlungen sowie Ausbau von Ankerindustrien und -dienstleistungen in der Lausitz. Zukunftsweisende Chancen sehen wir bspw. in Projekten wie der Big Battery, der Kathodenproduktion der BASF, dem Testzentrum für autonomes Fahren und in Investitionen, die die zukunftsweisende Rolle der LEAG als Energieunternehmen auch nach der Braunkohleverstromung stärken. Es braucht weitere Anstrengungen für Investitionen in Innovation vor Ort.
- **Klimaneutraler Wasserstoff als Schlüssel für die Transformation:** Wasserstoff stellt insbesondere beim Umbau der Industrie ein zentrales Element in den Bereichen dar, in denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Aufgrund der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten als Energieträger und Rohstoff, speziell für die chemische Industrie, sowie als Speicher für Strom aus erneuerbaren Energien, werden Perspektiven für ganze Regionen und Branchen gegeben. Dazu gehört auch das industriepolitische Ziel, Deutschland als Leitanbieter für grüne Wasserstofftechnologien am Weltmarkt zu positionieren und damit hochwertige und mitbestimmte Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen.
- **Energiesicherheit durch schnelleren Wasserstoffhochlauf:** Nicht nur die verschärften Klimaziele haben den Bedarf an klimaneutralem Wasserstoff erhöht, sondern auch die aktuellen geopolitischen Ereignisse. Um nun zusätzlich mit klimaneutralem Wasserstoff den notwendig gewordenen Beitrag zur Diversifizierung der Energieimporte und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu leisten, wird die Nachfrage nach Wasserstoff zeitlich schneller gedeckt werden müssen. Dafür bedarf es klarer Rahmenbedingungen, um Investitionen in die Produktion und in die Infrastruktur

abzusichern. Zudem muss die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass international gültige Nachhaltigkeitskriterien definiert werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

- **Stärkung der Kreislaufwirtschaft:** Eine nachhaltige Transformation umfasst auch eine Umstellung der Geschäftsmodelle und der Prozesse hin zur Kreislaufwirtschaft. Eine veränderte Rohstoffbasis, die Entwicklung von kreislauffähigen Produkten und produktbegleitende Dienstleistungen wie beispielsweise Rücknahmesysteme ergeben neue Geschäftschancen sowie neue Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und bieten die Chance auf einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Mitbewerber\*innen. Dazu gehört auch die stärkere Vernetzung von Unternehmen und eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Region. Insbesondere muss der Ausbau einer Kreislaufwirtschaft im Bereich der Batterietechnologie den Hochlauf der Elektromobilität begleiten.
- **Beteiligung der Sozialpartner:** Wir sprechen uns für eine stärkere Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft bei den anstehenden Transformationsprozessen durch einen Transformationsbeirat und eines jährlich stattfindenden Transformationsgipfels aus. Die Transformationsgipfel sollen als Impulsgeber für den Transformations- und Strukturwandelprozess und zur Beratung der Landesregierungen dienen.

### **Gute Arbeit durch vorausschauenden Einsatz von Strukturgeldern forcieren**

Grundsätzlich vertritt der DGB die Position, dass Fördermittel gezielt für eine strategische Standort- und Arbeitsplatzpolitik insbesondere im Revier eingesetzt werden. Die Fördermittelvergabe bedarf der Fokussierung auf eine Verbesserung der Standortfaktoren. Unser Ziel ist dabei die Transformation von Arbeitsplätzen in neue, tarifizierte, mitbestimmte Arbeitsverhältnisse, welche den Kriterien „Guter Arbeit“ entsprechen.

- **Fachkräftesicherung geht nur mit Guter Arbeit:** In der Lausitz haben inzwischen viele Betriebe Probleme, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Der Fachkräftemonitor zeigt, vor allem beim Thema Arbeit sind die Lausitzer\*innen wenig zufrieden. Bei der Höhe der Löhne, der Attraktivität von Arbeitgebern gibt es neben dem Angebot an Arbeits- und/oder Ausbildungsplätzen die niedrigsten Zufriedenheitswerte (Lausitz-Monitor). Gute Arbeitsbedingungen mit Tarifvertrag – für alle Gruppen am Arbeitsmarkt – in Kombination mit einer ambitionierten Aus- und Weiterbildungsoffensive helfen, Fachkräfte in der Region zu halten und neue aus dem In- und Ausland zu gewinnen. So wird die Lausitz attraktiver für neue Investoren und Fachkräfte, die im Strukturwandel dringend benötigt werden! Gute Löhne und Lohnsteigerungen sichern die Kaufkraft, sie sind keine Gefahr für die Preisstabilität. Daher muss die Zahlung von Tariflöhnen ein hartes Kriterium bei der Gewährung von strukturpolitischen Fördermitteln und in der Vergabepolitik werden.
- **Flexibilisierung der Förderperioden:** Der DGB spricht sich für die Flexibilisierung der Förderperioden im Rahmen des InvKG aus und für das Vorziehen der Mittel aus der STARK-Richtlinie. Die Mittel müssen jetzt verstärkt zum Einsatz kommen, um Unterstützungsstrukturen zeitnah vor Ort zu ermöglichen. Die Vergabe der Strukturstärkungsmittel muss darüber hinaus in einem bürgernahen und beteiligungsorientierten Verfahren erfolgen. Basis dafür sollten die Ergebnisse des Leitbildprozesses in der Lausitz sein.



- **Keine Anrechnung europäischer Gelder auf Strukturwandelmittel:** Strukturwandel braucht ausreichend finanzielle Mittel. Mittel aus dem europäischen Just-Transition-Fund (JTF) auf die Strukturwandelmittel anzurechnen, belastet die Reviere. Deshalb fordert der DGB eine Nichtanrechnung der europäischen Strukturmittel (Just Transition Fonds - JTF) auf die Strukturmittelzusage des Bundes. Deshalb dürfen auch Projekte mit Finanzierungsgarantie aus dem Bundesverkehrswegeplan nicht auf den Strukturwandelprozess angerechnet werden.

**Rückfragen an:**

**Katja Karger**, Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg

**Nele Techen**, Stellvertretende Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg

**Markus Schlimbach**, Vorsitzender DGB Sachsen

**Daniela Kolbe**, Stellvertretende Vorsitzende DGB Sachsen

